

Grußwort zum 25-jährigen Jubiläum des Flughafensozialdienstes Von Dr. Jürgen Micksch

Vom Vorbild der Bahnhofsmission ausgehend ist der kirchliche Flughafensozialdienst inzwischen zu einem Dienst ökumenischer und internationaler Flüchtlingshilfe geworden. Damit bewegt er sich in einem gesellschaftlichen Konfliktbereich, in dem in den letzten Jahrzehnten kaum die Lorbeeren gesellschaftlicher Anerkennung zu ernten waren. Gezielte politische Kampagnen haben das Verständnis für die Not der Flüchtlinge und für ihre Schutzbedürftigkeit unterhöhlt. Dabei ist Flüchtlingsschutz integraler Bestandteil des universellen Menschenrechtsschutzes. Der Umgang mit Flüchtlingen an den Grenzen wirft ein Licht auf die demokratische Verfasstheit unseres Gemeinwesens im Inneren.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des kirchlichen Flughafensozialdienstes sind wie kaum jemand sonst Zeugen eines Umgangs mit Flüchtlingen geworden, der zu Sorge und Kritik Anlass gibt. Dass Flüchtlingen im Rahmen eines rechtsstaatlich organisierten Verfahrens in vielen Fällen Unrecht widerfahren konnte – darüber klären bereits Jahresberichte des FSD aus den 80er Jahren auf.

Das seit 1993 geltende Flughafenasyilverfahren jedoch hat die Situation nochmals dramatisch verschärft. Für die im Transit festgehaltenen Flüchtlinge ebenso wie für die, die versuchen, deren Los zu erleichtern. Der Flughafensozialdienst arbeitet nicht mehr in einer Einrichtung mit haftähnlichen Bedingungen, sondern er ist nun Träger und Betreiber einer solchen Einrichtung - eine kritische Ausgangsposition für die kirchliche Betreuungsarbeit unter den gesetzlichen Rahmenbedingungen eines Flughafenverfahrens, das als strukturell unfair bezeichnet werden muss.

Ohne die Tätigkeit des Flughafensozialdienstes aber gäbe es nicht einmal ein Bewusstsein von den extremen Härten des Flughafenverfahrens. Die Öffentlichkeitsarbeit der Träger war somit von Anfang an integraler und notwendiger Bestandteil der Betreuungstätigkeit. Es muss dem Rechtsstaat zugemutet werden, dass der Träger dieser sozialen Aufgabe den Flüchtlingen eine Stimme verleiht, wenn sie sich selbst nur unter Schwierigkeiten äußern können.

Es ist daran zu erinnern, dass es u.a. auch die Darstellung der Härten des Flughafenverfahrens durch den FSD bei der mündlichen Verhandlung vor dem Bundesverfassungsgericht war, die dazu geführt hat, dass kleine, aber dennoch bedeutsame Korrekturen in der Ausgestaltung des Verfahrens eingeführt werden mussten. Allerdings stelle ich fest: Das Tagebuch des Schreckens aus der Flughafenunterkunft, das damals vorgetragen wurde, findet seine Entsprechung in einem aktuellen Text des jetzigen Leiters des FSD, Clemens Niekrawitz, in dem er die Extremreaktionen von Flüchtlingen im Jahre 2000 schildert. Ich möchte allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Flughafensozialdienstes meinen Dank, meine Bewunderung dafür aussprechen, dass sie jeden Tag bereit sind, sich in eine Situation zu begeben, in der „plötzlich das brüllende Chaos“ ausbrechen kann, wie es ein Mitarbeiter kürzlich gegenüber der Presse formulierte. Das Gefühl begrenzter Handlungsmöglichkeit, wo Menschen in Extremsituationen sich umfassende Hilfe erhoffen, dies ist gewiss quälend und muss immer wieder zu kritischer berufsethischer Selbstreflexion bei den Mitarbeitenden und den Trägern führen.

In dieser schwierigen Situation sollten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialdienstes auf die Ermutigung und Unterstützung der kirchlichen Träger vertrauen dürfen. Diese sollten nicht davon ablassen, über die Abmilderung besonderer Härten des Verfahrens hinaus den Gesetzgeber aufzufordern, sorgfältig zu prüfen, ob dieses problematische Verfahren weiterhin notwendig ist. Die in den letzten Jahren ständig gestiegene Zahl der als offensichtlich unbegründet abgelehnten Asylanträge im Flughafenverfahren – ganz anders als bei denselben Personengruppen im Inland – legt den Verdacht nahe, dass ein einmal in die Welt gesetztes Schnellverfahren zu leichtfertig genutzt wird.

Auch wenn man es unter dem Druck der realen Verhältnisse kaum zu sagen wagt: die utopische Perspektive jeder Sozialarbeit bleibt die, sich letztendlich überflüssig zu machen. Dies allerdings würde eine kopernikanische Wende der Asylpolitik erforderlich machen. Das institutionalisierte Misstrauen gegenüber Asylsuchenden müsste der Erkenntnis weichen, dass jeder Mensch sehr schnell zum Flüchtling werden kann, der darauf angewiesen ist, dass man nicht kurzen Prozess an der Grenze mit ihm macht.

Erlauben Sie mir eine abschließende Bemerkung, nachdem ich die Notwendigkeit des Flughafensozialdienstes im utopischen Lichte seiner Abschaffung betrachtet habe: Die Flüchtlingsarbeit des Flughafensozialdienstes steht konkreter denn je in der Gefahr, von staatlicher Seite überflüssig gemacht und durch die Billiglösung eines privaten Betreibers ersetzt zu werden. Wenn das Ergebnis der europäischen Dienstleistungsfreiheit sein sollte, dass das engagierte Eintreten für Flüchtlinge, die kirchliche Fürsorge für den Dienst an Zwangsmigranten unterwegs, ökonomischen Kalkülen zum Opfer fallen soll, dann stimmt etwas mit dem Wertesystem Europas nicht. Sollten Bürokratie und Politik den Weg verfolgen, den Flughafensozialdienst als kritischen und schwierigen Partner loswerden zu wollen und sich stattdessen die nackte Dienstleistung der Unterbringung und Versorgung einkaufen wollen, so sind die Kirchen gehalten, deutliche Worte zu finden.

Auch das Entstehen der geplanten neuen Flüchtlingsunterkunft im Flughafentransit gilt es kritisch zu beobachten. Wir wurden in den letzten Jahren zu oft Zeugen, wie etwa bei der angeblichen Humanisierung von Abschiebungshaftanstalten von der Humanität nur die chromglänzende Abwaschbarkeit der Kacheln in renovierten Zellen blieb. Die Ausgestaltung dieser Unterkunft ist deshalb Gegenstand legitimen öffentlichen Interesses. Die Kirchen sollten ihren Debattenbeitrag leisten.

Die Transitzone der Flughäfen Europas werden in den kommenden Jahren mehr noch als bisher Brennpunkte sein, an denen sich entscheidet, wie ernst es der Wertegemeinschaft Europa mit den Menschenrechten ist. Wenn man dabei unbedingt auf das fragwürdige Bild der christlich-abendländischen „Leitkultur“ zurückgreifen will, so gehört dazu sicher die Bereitschaft, Menschen nicht mit bürokratischer Beflissenheit auf der Türschwelle abzuwimmeln. In unserer gemeinsamen Verantwortung liegt es, dafür zu sorgen, dass die Flüchtlingsunterbringung und –betreuung wie auch die Ausgestaltung des Verfahrens so aussehen, dass nicht das Motto von Dantes Hölle über dem Eingang einer Flüchtlingsunterkunft zu stehen hätte: „Der Du hier eintrittst, lass alle Hoffnung fahren“.